



An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

per E-Mail:  
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

BMF - I/4 (I/4)  
Hintere Zollamtsstraße 2b  
1030 Wien

Sachbearbeiterin:  
Mag. Ottilie Hebein  
Telefon +43 (1) 514 33 501165  
Fax 0171015731207  
e-Mail Ottilie.Hebein@bmf.gv.at  
DVR: 0000078

GZ. BMF-112701/0004-I/4/2008

**Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert  
wird;  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen;  
(Frist: 21. März 2008)**

Zu dem vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie erstellten und mit Note vom 21. Februar 2008 unter der Zahl BMVIT-58.502/0010-II/L1/2007 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird, erlaubt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme in elektronischer Form zu übermitteln.

Anlage

17.03.2008

Für den Bundesminister:  
Mag. Gerhard Wallner  
(elektronisch gefertigt)



An das  
Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie  
Radetzkystraße 2  
1030 Wien

BMF - I/4 (I/4)  
Hintere Zollamtsstraße 2b  
1030 Wien

Sachbearbeiterin:  
Mag. Ottilie Hebein  
Telefon +43 (1) 514 33 501165  
Fax 01514335901165  
e-Mail Ottilie.Hebein@bmf.gv.at  
DVR: 0000078

GZ. BMF-112701/0004-I/4/2008

**Betreff: Zu GZ BMVIT-58.502/0010-II/L1/2007 vom 21. Februar 2008**

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird;**

**Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen**

**(Frist: 21. März 2008)**

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, zu dem mit Note vom 21. Februar 2008 unter der Geschäftszahl BMVIT-58.502/0010-II/L1/2007 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

Unbeschadet der Zielsetzungen des gegenständlichen Gesetzesvorhabens gibt der vorliegende Begutachtungsentwurf aus Sicht des Bundesministeriums für Finanzen Anlass zu nachfolgenden Anmerkungen.

Gemäß § 14a Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz (BHG) in Verbindung mit den Richtlinien des Bundesministers für Finanzen zur Anwendung des Standardkostenmodells (Standardkostenmodell-Richtlinien), BGBl. II Nr. 233/2007, sind bei Entwürfen für Bundesgesetze die Auswirkungen auf Verwaltungslasten für Unternehmen aus Informationsverpflichtungen anhand des Standardkostenmodells zu ermitteln, darzustellen und zu dokumentieren.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie wird daher ersucht, die vorzitierten Rechtsnormen auf die angeführten neuen Genehmigungsverpflichtungen anzuwenden und das diesbezügliche Ergebnis dem Bundesministerium für Finanzen vor der Setzung weiterer Schritte im legislativen Prozess zu übermitteln.

Entsprechend dem Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 6. November 2007, GZ BKA-600.824/0005-V/2/2007, betreffend Darstellung der Auswirkungen von Rechtssetzungsvorhaben, wird seitens des Bundesministeriums für Finanzen ferner angeregt, im Vorblatt des gegenständlichen legislativen Vorhabens eine Überschrift „Auswirkungen auf die Verwaltungslasten für Unternehmen“ sowie entsprechende Erläuterungen aufzunehmen.

Das Bundesministerium für Finanzen ersucht um entsprechende Berücksichtigung der vorliegenden Stellungnahme.

Dem Präsidium des Nationalrates wurde die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zum gegenständlichen Entwurf in elektronischer Form zugeleitet.

17.03.2008

Für den Bundesminister:

Mag. Gerhard Wallner

(elektronisch gefertigt)